

Panel 1.1.: Wirtschaftspolitisches & Mobilitätspolitisches Eröffnungspanel

Zum Auftakt der eMOKON 2026 skizzierte Christoph Link (Austrian Energy Agency) den politischen Rahmen: Das neue Klimagesetz bestätigt Österreichs Klimaneutralitätsziel 2040, ab 2028 werden Verkehr und Gebäude zusätzlich ins EU-Emissionshandelssystem einbezogen. Fördermittel würden dabei künftig eine deutlich geringere Rolle spielen als bisher: „Die Phase, in der es viel Geld gab, ist vorbei“, so Link.

Planungssicherheit zog sich als zentrales Motiv durch die von Helmut-Klaus Schimany moderierte Podiumsdiskussion mit Bernd Pfaller (Peugeot & DS), Christoph Wanzenböck (Smart Grids Austria), Hans-Jürgen Salmhofer (BMIMI), Marcella Kral (Fuhrparkverband Austria) und Kurt Sigl (ehemaliger BEM-Vorsitzender). Pfaller verwies auf Milliardeninvestitionen der Autoindustrie, die durch kurzfristige Eingriffe wie beim Sachbezug konterkariert würden. Wanzenböck und Salmhofer betonten die Notwendigkeit planbarer Übergangsfristen und vorab definierte Evaluierungspunkte – wie sie etwa die österreichische Mautvergünstigung für E-Lkw oder die von Krispin Romang (Swiss eMobility) skizzierte Schweizer Regelung zur Schwerverkehrsabgabe bereits vorsehen.

Wie konkret sich fehlende Planbarkeit auswirkt, zeigte Marcella Kral: Laut Verbandsumfrage bremsen 71 Prozent der Fuhrparkverantwortlichen seit der geänderten Sachbezugsregelung. „Die Änderung beim Sachbezug bringt das Gegenteil von Sicherheit“, so Kral. Sigl ordnete die Debatte politisch ein und warnte davor, das Schlagwort „Technologieoffenheit“ zur Verzögerung längst getroffener Investitionsentscheidungen zu missbrauchen.

Einigkeit herrschte in einem zentralen Punkt: Fiskalpolitische Rahmenbedingungen müssen klar, planbar und verlässlich sein – nur so gelingt das Zusammenwachsen von Industrie, Wirtschaft, Politik und Endnutzern, das es braucht, um die Ausbau- und Klimaziele zu erreichen.